

Sonderdruck aus  
Osnabrücker Jahrbuch  
Frieden und Wissenschaft  
19 / 2012

Veröffentlichung des Universitätsverlags Osnabrück bei V&R unipress

# Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 19 / 2012

Schwerpunktthema:

Globale Herausforderungen  
für Europa

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2011
- MUSICA PRO PACE 2011
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der  
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der  
Universität Osnabrück

V&R unipress

### *Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche 2011-2012*

Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück (Vorsitz)  
Hans-Jürgen Fip, Oberbürgermeister a.D. (Ehrenmitglied)  
Prof. em. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück  
apl. Prof. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. em. Dr. Reinhold Mokrosch, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Alrun Niehage, Ökotropologie, Hochschule Osnabrück  
Prof. Dr. Arnulf von Scheliha, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. em. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Bülent Ucar, Islamische Religionspädagogik, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Thomas Vogtherr, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. em. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Siegrid Westphal, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. em. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück  
Dr. Henning Buck (Geschäftsführung)

*Verantwortlicher Redakteur:* Dr. Henning Buck

*Redaktionelle Mitarbeit:* Joachim Herrmann, Gabriele Parlmeyer,

Dr. Michael Pittwald, Jutta Tiemeyer

*Einband:* Tefvik Göktepe unter Verwendung eines Fotos von Jonathan Rashad:  
»Rainbow on wall of Interior Ministry«, Graffiti von Omar Zeftawi, Kairo.

*Wir danken für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche durch:*

- die Oldenburgische Landesbank AG
- die Stadtwerke Osnabrück AG
- den Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

*Redaktionsanschrift:* Osnabrücker Friedensgespräche

Universität Osnabrück, Neuer Graben 19 / 21, D-49069 Osnabrück

Tel.: + 49 (0) 541 969 4668, Fax: + 49 (0) 541 969 14668

E-mail: [ofg@uni-osnabrueck.de](mailto:ofg@uni-osnabrueck.de) – Internet: [www.friedensgespraeche.de](http://www.friedensgespraeche.de)

Die Deutsche Nationalbibliothek – Bibliografische Information: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

1. Aufl. 2012

© 2012 Göttingen, V&R unipress GmbH mit Universitätsverlag Osnabrück.

Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany: Hubert & Co., Göttingen.

Gedruckt auf säurefreiem, total chlorfrei gebleichtem Werkdruckpapier; alterungsbeständig.

ISBN: 978-3-8471-0061-4

ISSN: 0948-194-X

# Inhalt

Vorwort der Herausgeber . . . . .	7
Editorial . . . . .	9

## I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2011

<i>Männlichkeit, Ehre und Gewalt</i> Mit Ute Frevert, Gunnar Heinsohn und Yilmaz Atmaca . . . . .	17
--	----

<i>Afrika – Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand, Frieden und Demokratie?</i> Mit Neville Alexander und Klaus Töpfer . . . . .	39
--	----

<i>Umbrüche in Ägypten und der arabischen Welt</i> Mit Helga Baumgarten, Cilja Harders und Taoufik Ben Amara . . . . .	63
---	----

<i>Genug Brot für die Welt? Bevölkerungswachstum, Klimawandel und Ernährungskrise</i> Mit Bärbel Dieckmann, Uschi Eid und Jochen Flasbarth . . . . .	87
---	----

<i>Europa sieht Deutschland: Polen und Deutsche in zwei Jahrzehnten neuer Freiheit</i> Von Irena Lipowicz . . . . .	115
--	-----

<i>Idee und Realität Europas</i> Von Roman Herzog . . . . .	125
--	-----

## II. MUSICA PRO PACE – KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2011

Stefan Hanheide, Osnabrück

*Musikalische Abbilder gesellschaftlicher Wirklichkeit.*

*Zu Karl Amadeus Hartmanns 1. Symphonie (1935-36 / 1954-55)*

*und Anton Bruckners Messe e-Moll (1866). . . . . 137*

## III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Julian Nida-Rümelin, München

*Plädoyer für eine radikale Neuordnung der europäischen*

*Institutionen. . . . . 147*

Henrik Uterwedde, Ludwigsburg / Osnabrück

*Ein Europa, zwei Visionen? Deutsche und französische Leitbilder*

*der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion . . . . . 153*

Ulrich Jan Schröder, Münster

*Staatlichkeit ist kein Schicksal. Der deutsche Staat zwischen*

*Schicksals-, Werte- und Rechtsgemeinschaft . . . . . 167*

Rauf Ceylan, Osnabrück

*Fundamentalismus, Islamismus und Dschihadismus als*

*antimodernistische Gegenentwürfe. . . . . 181*

Roland Czada, Osnabrück

*Sehnsucht nach Azania. Neville Alexanders Leben und Werk*

*für ein anti-rassistisches Südafrika. Ein Nachruf . . . . . 193*

## IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren . . . . . 205

Abbildungsnachweis . . . . . 211



*Roman Herzog*

## **Idee und Realität Europas**

Festrede zum 25-jährigen Bestehen der  
Osnabrücker Friedensgespräche am 25. Oktober 2011  
in der OsnabrückHalle

Themen wie das vorliegende sind schwierig. Ideen und Realitäten sind an sich schon schwer zu vergleichen. Vor allem liegt das an den Ideen selbst. Sie sind schwer zu fassen, weil sie ja nur in den Köpfen von Menschen vorhanden sind, und davon gibt es unendlich viele. Jeder hat von der ihn umgebenden Wirklichkeit andere Ideen, niemand kann aber sagen, wessen Idee nun einer offenen Diskussion zugrunde gelegt werden soll. In pluralistischen Gesellschaften wie der unseren wirkt sich das besonders verwirrend aus, weil hier Typen solcher Ideen gebündelt, ja oft sogar organisiert auftreten. Und schließlich wirkt das auch wieder auf die Realitäten zurück: sie werden unterschiedlich gesehen, je nachdem welche Ideen an sie als Maßstab angelegt werden.

Das alles gilt selbstverständlich auch für das Thema ›Europa‹. Nur muss man hier gleich von Anfang an noch eine sprachliche Ungenauigkeit mit einbeziehen, die in den vergangenen Jahrzehnten eingerissen ist: Wenn man Formulierungen wie unser Thema liest, denkt man gar nicht mehr an Europa, sondern an die europäische Integration, institutionell an die Europäische Union, die EU. Daran wird sich wohl auch in absehbarer Zukunft nichts ändern lassen. Aber wir haben doch vorzumerken, dass hier eine offene Flanke besteht, und zwar nach zwei Seiten: Einerseits gehören nicht alle europäischen Staaten zur EU, wollen ihr vielleicht gar nicht angehören, andererseits diskutiert die europäische Öffentlichkeit in letzter Zeit frohgemut darüber, ob es nicht besser wäre, bestimmte Mitgliedstaaten der EU auszuschließen oder ihnen wenigstens den Austritt nahezu legen.

Aber lassen wir das beiseite und nähern wir uns lieber der Frage, was die ersten Initiatoren der europäischen Integration eigentlich anstrebten, was also ihre Idee gewesen sein mag. Ich sehe hier wenigstens drei Motive:

*Erstens:* Primär ging es wohl darum, weitere europäische Kriege, wie sie zwischen 1914 und 1918 und zwischen 1939 und 1945 durch den Konti-

ment getobt hatten, auf Dauer zu verhindern. Diese Idee ist, das kann man ohne Selbstbeweihräucherung sagen, verwirklicht. Zunächst war es natürlich die Einsicht der Völker selbst, die diesen Effekt gebracht hat. Aber die europäische Integration hat zu Beginn doch auch wesentliche Konfliktpunkte aus dem Weg geräumt, aus denen neue Kriege hätten entstehen können – z.B. durch die Europäisierung von Kohle und Stahl, die jahrzehntelang zu schweren Konflikten zwischen Deutschland und Frankreich geführt hatten, aber auch dadurch, dass den Gründerstaaten der EWG gewisse Mitspracherechte gegenüber der wieder erstarkenden deutschen Wirtschaftsmacht eingeräumt wurden. Soweit die Wirtschaft betroffen war, ist dieses Ziel also erreicht; allerdings mag dabei auch eine Rolle gespielt haben, dass Kohle und Stahl überhaupt an Bedeutung eingebüßt haben – sie machen heute mehr Probleme als Aussicht auf Gewinne. Militärisch ging die Rechnung der Integrationsväter ebenfalls auf, soweit es um das Innenverhältnis zwischen den Mitgliedstaaten geht. Mit ihren Versuchen, beruhigend und befriedend in die jugoslawischen Diadochenkriege einzugreifen, hat sich die EU jedoch eher blamiert – hier mussten die USA die Kohlen aus dem Feuer holen. Und im Weltmaßstab bedeutet die EU, zumindest was militärische Macht betrifft, so gut wie gar nichts – man muss sich allerdings auch fragen, ob das Gegenteil erstrebenswert wäre.

*Zweitens:* Wer sich die Jahre unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg ins Gedächtnis zurückruft, dem ist klar, dass noch eine zweite Idee hinter der Integrationspolitik stand: der *Wohlstand* der europäischen Völker, damals gewiss zuerst die Beseitigung der fürchterlichen Kriegsschäden, dann aber doch auch schon die Anhebung des gesamteuropäischen Wohlstandsniveaus. Die Realisierung dieser Idee, die übrigens viel bescheidener war als das heute Erreichte, ist, wie man so sagt, eine einzige Erfolgsgeschichte, die sich mit institutionellen Erfindungen wie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), den sogenannten ›Vier Freiheiten‹ (freier Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital) oder dem Gemeinsamen Markt verbindet und erst in den allerletzten Jahren von Seiten spekulierender Banken und schuldenfroher Finanzministerien ernsthaft infrage gestellt wurde.

Probleme hätte es allerdings auch ohne diese haarsträubenden Torheiten gegeben, und das hängt mit Phänomenen wie ›Globalisierung‹ und ›Schwellenmächte‹ zusammen. Die Völker der Dritten Welt sind seit einem halben Jahrhundert ja nicht mehr ›Diener des Weißen Mannes‹, sondern sie haben – gerade im wirtschaftlichen Bereich – begonnen, das, was sie bei ihm beobachtet und gelernt haben, auch selbst zu schaffen und auf den Weltmärkten anzubieten, meist und zunehmend mehr in gleicher Qualität wie der ›Weiße Mann‹, aber zu deutlich niedrigeren Preisen. Diese Ent-

wicklung bedroht nicht nur unseren individuellen Wohlstand, sondern auch unsere sozialen Systeme als Ganzes. Anders ausgedrückt: In der ›reinen‹ Marktwirtschaft konkurrieren, wenn sie auf globalen Märkten gelebt wird, nur größere oder kleinere Unternehmen, in einer sozialen



Bundespräsident Prof. Dr. Roman Herzog

Marktwirtschaft dagegen geht es immer auch um den Wohlstand und die soziale Sicherheit von Völkern, d.h. es konkurrieren auch Nationen miteinander. Die oft vergessenen Synergieeffekte, die die EU für uns und unsere Völker bringt, spielen also eine erhebliche Rolle und auch aus diesem Grunde müsste man sie heute erfinden, wenn es sie noch nicht gäbe. Aber

es liegt hier doch auch eine unversiegbare Quelle von Unfrieden. Das sollten wir nicht vergessen.

*Drittens:* Die Medaille hat aber nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine politisch-ideologische Seite; denn die Staaten, die sich in der EU zusammengeschlossen haben, stehen – bei allen Besonderheiten im Einzelnen – auf dem Boden des westlichen Staatsdenkens. Eine abschließende Formel, aus der man alles Übrige ableiten könnte, gibt es dafür nicht, und so behilft man sich im Allgemeinen mit Einzelbegriffen, die alle miteinander das Wesentliche ergeben sollen: Geltung der Grund- und Menschenrechte, Freiheit und Gleichheit, soziale Verantwortung, Rechtsstaatlichkeit und Herrschaft des Rechts, Demokratie, Gewaltenteilung usw. Im Kern geht es um das Menschenbild als solches oder, noch genauer, um Dinge wie den Vorrang des Individuums vor beliebigen, auch freiwillig eingegangenen Kollektiven, und um die Würde des Menschen. Die kurze, freilich ebenfalls ungenaue Formel dafür lautet: Der Staat ist um des Menschen, nicht der Mensch um des Staates willen da.

Es hätte wenig Sinn, darüber zu diskutieren, was noch geschehen und geleistet werden müsste, um allen diesen Dingen vollständig gerecht zu werden, und ob das unter den Menschen, wie sie nun einmal sind, überhaupt möglich ist. Klar sollte allerdings sein, dass wir mit diesen Vorstellungen nicht mehr in allen Teilen der frei gewordenen Welt verstanden werden, ja dass die Mehrheit der Völker bewusst nach anderen Vorstellungen lebt und auch leben will; der Streit um die Universalität bzw. Nichtuniversalität der Menschenrechte ist nur ein Indiz dafür. Um uns herum etablieren sich Staaten und Staatenblöcke, die aus ganz anderen Idealen leben als wir Europäer. Genannt seien nur die beiden augenfälligsten: der Block – oder genauer die Blöcke – der islamischen Staaten, die einer Religion folgen, und der Superstaat China, in dem neben dem klassischen Kommunismus immer mehr die uralte Weltanschauung des Konfuzianismus zum Vorschein kommt.

Die Lehren, die aus dieser Entwicklung zu ziehen wären, haben wir offensichtlich noch gar nicht verstanden. Klar ist nur: Mit unseren westlichen Grundideen werden wir in der Welt, die sich um uns herum formiert, nicht ›durchkommen‹. Wir werden schon Mühe haben, wenigstens ihre zentralen Punkte auf der ganzen Welt durchzusetzen; der schon erwähnte Kampf um die Universalität der Menschenrechte – oder zumindest mancher Menschenrechte – lässt uns bereits ahnen, wie schwierig das werden wird. Zugleich wird es aber darum gehen, dass Europa in diesen Diskussionen bei seinen eigenen Überzeugungen bleibt, die ja schließlich seine Eigenart, seine geistige Kontur ausmachen und die nicht zuletzt auch für

seine großen wissenschaftlichen, technischen und ökonomischen Erfolge Pate gestanden haben.

Das ist ein außerordentlich wunder Punkt, was man vor allem im religiösen Bereich beobachten kann. Unser größtes Problem im Verhältnis zum Islam besteht, wenn ich recht sehe, darin, dass die weitaus überwiegende Zahl der Muslime an ihrer Religion mit einer nahezu fanatischen Hingabe hängt, während die Religion in Europa zunächst durch die Aufklärung relativiert wurde und sodann in eine Phase der Pluralität übergang, in der die Grenzen zwischen Toleranz und Standpunktlosigkeit mehr und mehr zu verschwimmen drohen. Das muss nicht unbedingt ein Fehler sein. Zu denken gibt aber die Tatsache, dass im heutigen Europa nicht einmal mehr zu den säkularisierten Ersatzwerten wie dem Wert des Individuums, zu Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie mit ähnlicher Hingabe gestanden wird wie in den islamischen Staaten zur Religion. Ich will auch dazu nur ein Beispiel nennen: die immer wieder auftretende Frage, ob die westliche Demokratie denn wirklich der Weisheit letzter Schluss sei oder ob nicht das chinesische Modell – Freiheit nach außen, aber Unfreiheit nach innen – doch das bessere sei. Wenn so etwas in einem Schulaufsatz auf dem Gymnasium ventiliert wird, mag es ja noch angehen. Wenn aber – wie geschehen – gestandene Unternehmer dasselbe tun, kann es ein Alarmzeichen sein.

Soweit die drei Ideen, die ursprünglich an der Quelle der europäischen Integration gestanden haben. Sie konnten hier leider nur ganz cursorisch nachgezeichnet und mit einigen Bemerkungen zu ihrer heutigen Bedeutung und ihren heutigen Problemen ergänzt werden. Nunmehr gilt es aber, an eine in den 1950er- und 1960er-Jahren weit verbreitete Formel zu erinnern, die, wenn man ihr genauer nachgeht, für sich bereits den fundamentalen Wandel deutlich macht, den die Welt seit jener Zeit erlebt hat und dem Europa in ganz besonderer Weise ausgesetzt ist.

Für die Notwendigkeit einer europäischen Einigung wurde seinerzeit fast gebetsmühlenartig mit der These geworben, dass die Zeit der europäischen Klein- und Mittelstaaten vorbei und gerade deshalb ihr Zusammenschluss unvermeidlich sei. Diesen Satz müssen wir uns etwas näher ansehen.

Weltpolitisch waren in den 1950er-Jahren zwei Entwicklungen im Gange, auf die Europa mit seiner Einigung antworten konnte: erstens die zunehmende Entkolonisierung, durch die zahlreiche neue Staaten entstanden und die bisherigen Kolonialmächte England, Frankreich, Belgien und Niederlande ins Gedränge kommen konnten, und zweitens die absehbare Beherrschung der Welt durch die USA und die Sowjetunion, zwischen denen sich ein geeintes Europa, zudem durch die NATO geschützt, zumindest gewisse eigene Spielräume erhoffen konnte. Heute sind beide Entwick-

lungen längst abgeschlossen. Sie haben sich aber fortgesetzt, in Richtungen, die vor unser aller Augen sind und ein einiges Europa noch wichtiger machen, als das in den Fünfigern und Sechzigern der Fall war.

Wiederum seien nur vier, zum Teil schon angesprochene Aspekte erwähnt:

- wirtschaftlich die zunehmende – und meist billigere Konkurrenz – aus der Dritten Welt, vor allem aus den sogenannten jungen ›Tigerstaaten‹ oder ›Schwellenmächten‹;
- die Entstehung einer polyzentralen Welt, in der aber zunehmend nicht mehr Staaten, sondern – neben den sogenannten ›Superstaaten‹ – größere Staatenblöcke eine Rolle spielen;
- die Notwendigkeit, europäischen Werten – insbesondere der Überzeugung vom Wert des Individuums – in der Welt weitestmöglich Geltung zu verschaffen, ihnen vor allem aber in Europa selbst ihre Fortgeltung zu sichern, und schließlich
- den Einfluss Europas in der Welt so zu stabilisieren, dass Europa gleichberechtigt und gleichgewichtig mit am Verhandlungstisch sitzen kann, wenn Amerikaner und Chinesen über die künftige Ordnung der Welt sprechen.

Das ist ein stattliches Bündel von Aufgaben, das auch nur von einer starken Institution wahrgenommen werden kann, und die große Frage ist, ob Europa, ob die EU in dem Zustand, in dem sie sich gegenwärtig befindet, über diese Stärke verfügt. Und damit keine Irrtümer entstehen: Die Rede ist hier nicht von militärischer Stärke, wie sie das Defensivbündnis der NATO bietet, sondern von wirtschaftlicher Stärke, die immer die eigentliche Quelle von Macht war, und von politisch-ideologischer Stärke, die man am besten durch Begriffe wie Zielklarheit, Selbstbewusstsein, Mut und Optimismus umschreiben kann. Hat die EU alle diese Eigenschaften und ist sie, vor allem, so organisiert, dass sie sich damit in der sich abzeichnenden Welt der Supermächte und regionalen Staatenblöcke behaupten kann? Dazu ließe sich vieles sagen, und ich fürchte, die Bilanz sieht nicht nur rosig aus.

Zunächst muss man sich klarmachen, dass Stärke etwas grundlegend anderes ist als Größe, schon gar territoriale Größe. Daran hat sich die EU bei der Aufnahme neuer Mitglieder, wie wir heute erkennen, nicht immer ausreichend gehalten. Die politisch-ideologische Übereinstimmung, ohne die eine solche Staatengemeinschaft auf die Dauer nicht lebensfähig ist, hat es zwar bei allen Neuaufnahmen der vergangenen Jahrzehnte gegeben. In der Schuldenkrise unserer Tage stellt sich jedoch heraus, dass die wirtschaftliche Homogenität der EU in einzelnen Fällen doch sehr strapaziert worden ist. Natürlich können nicht alle Mitglieder wirtschaftlich gleich

stark sein; die EU hat zu allen Zeiten wirtschaftsstärkere und wirtschaftschwächere Staaten aufgenommen – Neuaufnahmen sollten ja stets auch der Heranführung Schwächerer an das Niveau der Stärkeren dienen. Aber so viel hätte man doch prüfen müssen: Ob man es einem Aufnahmekandidaten zutrauen konnte, dass er mit Hilfe der EU binnen angemessener Frist ein wirtschaftliches Niveau erreichen würde, von dem aus er auf eigenen Beinen stehen könnte. Das ist in der Vergangenheit nicht immer geschehen. Im Falle Griechenlands hat man die wirtschaftlichen Bedenken mit zweifelhaften historischen Argumenten auszuräumen versucht, sowohl bei der Aufnahme in die EU als auch bei der in den Kreis der Euro-Staaten. Wirtschaftliche und ›politische‹ Argumente dürfen sich aber nicht gegenseitig ersetzen, sondern sie müssen nebeneinander vorliegen, um eine Aufnahme zu rechtfertigen. So ist das Kind in den Brunnen gefallen und die EU denkt immer noch nicht über neue, strengere Aufnahmegrundsätze nach.

Keine Übereinstimmung scheint es bisher auch in der Frage zu geben, inwieweit die grundsätzlich unvermeidliche Vereinheitlichung innerhalb der EU wirklich notwendig ist und vor allem, ob sie der Stärke der EU in der Welt dient. Jedenfalls ist es ein Irrglaube, dass man eine Institution nur möglichst groß machen muss, um sie auch stark und – im Extremfall – überlebensfähig zu machen. Genauso gut kann sie durch zu rasches Wachsen und erst recht durch innere Uniformierung auch unbeweglich, ja reaktionsunfähig werden, und das in einer Zeit, in der nahezu jeder Tag neue Risiken und Probleme, aber auch neue Chancen mit sich bringt. In solchen Lagen kann eine Großorganisation durchaus von Nutzen sein; gerade aus dieser Erkenntnis ist ja die EU selbst entsprungen. Beweglich und reaktionsschnell bleibt sie aber nur, wenn sie sich dabei auf das Nötigste beschränkt und nicht einen allzuständigen Superstaat zu spielen versucht.

Gerade hier zeigt sich das große Dilemma, in dem sich die EU heute befindet, in das sie sich aber auch selbst gebracht hat. Nach außen, in die Welt hinein, besitzt sie zu geringe Zuständigkeiten, weil die Mitgliedstaaten nicht nur die übliche Außenpolitik, sondern auch die große Weltpolitik für sich behalten wollen. Nach innen aber tobt sie sich durch eine nicht enden wollende Normenproduktion aus; Aufnahmekandidaten wird zu Beginn der Verhandlungen gegenwärtig ein *Aquis Communautaire* von rund 70.000 Druckseiten auf den Tisch geknallt, was weder der Flexibilität der Mitgliedstaaten noch der EU selbst guttut. Nötig wäre es, den *Aquis* etwa auf die Hälfte zu reduzieren und der EU dafür ein paar Kompetenzen mehr zu geben, mit denen sie ihren heutigen Aufgaben gerecht werden kann – etwa einen kleinen, schlagkräftigen Diplomatenapparat, mit dem sie nicht den Botschaften der Mitgliedstaaten Konkurrenz macht, sondern die wirklich gemeinsamen Interessen aller Mitgliedstaaten vorantreibt.

»Aber da stock' ich schon«, um mit *Goethe* zu sprechen. Die Schuldenkrise zeigt ja deutlich, dass die EU auch auf die Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten Einfluss bekommen muss – und da ist dann immer gleich von einem ›Finanzminister‹ die Rede. Ich sage: Finanzminister meinetwegen, aber kein Finanzministerium! Das werden dann leicht 2.000-3.000 Beamte, die, wie mehrfach erlebt, gleich darauf ausgehen, zusätzliche Zuständigkeiten zu erwerben und neue Vorschriften zu erlassen. Notwendig ist demgegenüber nur eine Stelle, die den Haushalten der Mitgliedstaaten in zentralen Fragen einige Vorgaben macht: eine Ober-, eventuell auch eine Untergrenze für die Staatsquote, eine wirklich sanktionierte Obergrenze für die Staatsverschuldung, eine Obergrenze für den Anteil der Personalkosten am Gesamthaushalt, einen Mindestsatz für staatliche Investitionen u.ä. Das lässt sich mit einem hochqualifizierten, dafür aber bescheidenen Stab erledigen – und ohne die Gefahr, dass die Staaten ihr vornehmstes Recht verlieren, die Budgethoheit.

Unsere Untersuchung war zugegebenermaßen höchst cursorisch. Aber sie hat doch gezeigt, dass die Dinge auch in der EU augenblicklich nicht zum Besten stehen. Mit anderen Worten: Idee und Wirklichkeit klaffen auseinander, und korrigiert werden muss vor allem die Wirklichkeit, wenn die EU das leisten soll, was der normale Bürger heute von ihr erwartet. Das Missliche ist nur, dass dazu erhebliche Änderungen der Gemeinschaftsverträge notwendig sind und dass die nicht leicht zu erreichen sind, weil sie die Zustimmung aller Mitgliedsregierungen und noch dazu die aller Mitgliedsparlamente voraussetzen. Und damit sind wir bei einer weiteren, ziemlich misslichen Frage.

27 Staaten sind selbstverständlich weniger leicht unter einen Hut zu bringen als sechs, und das gilt besonders, wenn es unter den 27 Staaten Gruppen von ganz unterschiedlichen geschichtlichen Erfahrungen gibt. Genau das ist in der EU aber seit dem Beitritt der früheren Ostblockstaaten der Fall. Ein halbes Jahrhundert lang hatten sie darunter zu leiden, dass sie ihre Souveränität in Moskau abgeben mussten, und der Beitritt zur EU hat sie wieder zu empfindlichen Einschnitten in diese ihre Souveränität gezwungen. Es ist also mehr als verständlich, dass manche ihrer Politiker weiteren Vertragsänderungen höchst skeptisch gegenüberstehen. Dann müssen aber die Staaten, die zu weitergehender Integration bereit sind, das Recht haben, sich innerhalb der EU im kleineren Kreise zusammenzuschließen und in der Weltpolitik ihr gemeinsames Gewicht in die Waagschale zu werfen. Die Gemeinschaftsverträge sehen dafür sogar ein eigenes Instrument vor: die sogenannte ›Verstärkte Zusammenarbeit‹, die zwar als Integration mit unterschiedlicher Geschwindigkeit mitunter recht skeptisch betrachtet wird, die aber das mutige Vorgehen einzelner Staaten und

damit die Integration als Ganzes voranbringen könnte – und schließlich war ja auch die Gründung der Sechs ein solcher Akt des Vorangehens.

Die Sache hat nur einen Haken: Eine solche Verstärkte Zusammenarbeit bedarf der Genehmigung durch den Rat der Staats- und Regierungschefs, und diese Genehmigung kann dort nur einstimmig beschlossen werden. Das ist schwer zu verstehen. Wie gesagt: Man muss jedes Verständnis dafür haben, dass die östlichen Mitgliedstaaten nicht immer weitere Souveränitätsverzichte auf sich nehmen wollen. Kein Verständnis kann es aber dafür geben, dass jeder einzelne Mitgliedstaat der EU, und sei er noch so klein, andere an stärkerer Zusammenarbeit hindern kann. Darin liegt die empfindlichste Schwäche der Verträge von Lissabon. Sie müsste dringend behoben werden, damit nicht irgendeine politische Not die handlungsbereiten Mitgliedstaaten eines Tages dazu zwingt, Integrationspolitik neben den Verfassungsverträgen zu machen.